



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Anhörung zu den ANKER-Einrichtungen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration und der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport führen bis Ende Juni 2019 eine Expertenanhörung zum Thema „ANKER-Einrichtungen in Bayern“ durch.

Begründung:

Die Staatsregierung hat in allen bayerischen Bezirken ANKER-Einrichtungen installiert. Seitdem dort Flüchtlinge untergebracht werden, häufen sich die Beschwerden und die Berichte von Helferinnen, Helfern und Organisationen über eine Verletzung deren Rechte. Im Gegensatz dazu sieht die Staatsregierung die Verfahrensbeschleunigung und damit das öffentliche Interesse an einem möglichst effizienten Einsatz öffentlicher Mittel. Viele offene Fragen lassen aufgrund vergangener Erfahrungen mit Sammelunterkünften eher negative Antworten erwarten. ANKER-Einrichtungen werden mit großer Wahrscheinlichkeit das nähere Umfeld belasten und die Stadt- oder Gemeindestruktur verändern. Die Einstellung der lokalen Wohnbevölkerung gegenüber Migranten und geflüchteten Menschen wird negativ beeinflusst werden. Es ist zu erwarten, dass die Unterbringung in großen Unterkünften Integrationsprozesse verlangsamt und das Ankommen in der deutschen Gesellschaft gegebenenfalls langfristig deutlich erschwert. Mittelfristig werden die Kommunen paradoxerweise nicht entlastet, sondern noch stärker belastet werden, das haben die bisherigen Rückmeldungen aus den Kommunen ergeben. Bei den Bewohnern wird die Unterbringung zu erheblichen Belastungen führen und Konflikte hervorrufen. Die ANKER-Einrichtungen werden Probleme verschärfen, die durch nachholende Integrationsangebote behoben werden müssen.